



Protokoll

Sondersitzung des Ausschusses für Umwelt- und Verbraucherschutz

Sitzungstermin:	Montag, 12.07.2021
Raum, Ort:	Aula des Ratsgymnasiums, Burgstraße 2, 31224 Peine
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	20:15 Uhr

Anwesende:

Vorsitz

Frau Silke Weyberg

Mitglieder

Herr Rüdiger Lampe

Herr Hans-Hermann Baas

Vertretung für: Herrn Werner Welzel

Herr Maik Burgdorf

Herr Hans-Werner Fechner

Vertretung für: Herrn Arnim Plett

Herr Waldemar Hänsel

Herr Bernd Jakubowski

Vertretung für: Herrn Andreas Tute

Herr Hartmut Marotz

Vertretung für: Herrn Jens Zielsdorf

Frau Doris Maurer-Lambertz

Frau Nadine Muthmann

Vertretung für: Herrn Christoph Moritz

Bürgervertretung

Herr Dr. Daniel Gelmke

Herr Norbert Müller

Herr Jürgen Streichert

Protokollführung

Frau Selina Hofmeister

Verwaltung

Herr Torsten Brinsa

Herr Fabian Gerstung

Herr Henning Heiß

Frau Elke Kentner

Frau Ulrike Köhler

Herr Fabian Laaß
Herr Michael Schrader
Frau Wiebke Wemmel

Gäste

Herr Dr. Bethge	TenneT
Herr Menzel	Regionalverband Braunschweig
Frau Richter	Tennet
Herr Wantia	Tennet

Entschuldigte:

Mitglieder

Herr Carsten Heuer	verhindert
Herr Christoph Moritz	verhindert
Herr Arnim Plett	verhindert
Herr Andreas Tute	verhindert
Herr Werner Welzel	verhindert
Herr Jens Zielsdorf	verhindert

Grundmandat

Herr Christoph Hauschke	verhindert
-------------------------	------------

Bürgervertretung

Frau Barbara Kobbe	verhindert
Herr Dr. Jürgen Schmidt	verhindert
Herr Gerald Suffel	verhindert

Verwaltung

Herr Christian Mews	verhindert
Frau Dr. Shobeiry Fard	verhindert
Herr Christian Wrede	verhindert

Kreisnaturschutzbeauftragter

Herr Joachim Hansmann	verhindert
-----------------------	------------

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- 3 Einwohnerfragestunde
- 4 Fortführung des Tier- und Ökogartens Peine
- 5 Sachstand von Stromleitungs-Bauvorhaben im Landkreis Peine
- 6 Informationen der Verwaltung
- 7 Anfragen und Anregungen

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Die Ausschussvorsitzende Weyberg begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Die ordnungsgemäße Ladung, die Beschlussfähigkeit und die Tagesordnung werden festgestellt.

3. Einwohnerfragestunde

Frau Schulz regt an den Abhol-Rhythmus der gelben Säcke zu verändern und schlägt einen 2-wöchigen, statt aktuell 4-wöchigen Rhythmus vor. Diese Anregung wird von der Verwaltung an die zuständige Stelle, die Abfallwirtschafts- und Beschäftigungsbetriebe weiterzugeben..

4. Fortführung des Tier- und Ökogartens Peine Vorlage: 2021/905

Es gibt keine Fragen zu der Vorlage der Verwaltung.

Die Ausschussvorsitzende ruft zur Abstimmung auf.

Beschluss:

Der Tier- und Ökogarten wird in seinem bisherigen Umfang weiterbetrieben.

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Sanierungskonzept für den Tier- und Ökogarten, einschließlich der dafür zu berücksichtigenden Kosten, zu erarbeiten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Ja-Stimmen: 10 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung/en:

5. Sachstand von Stromleitungs-Bauvorhaben im Landkreis Peine

Vorlage: 2021/904

Die anwesenden Vertreter von TenneT stellen ihre Präsentation vor. Diese ist mit der Einladung schon zugegangen.

Anschließend wurden Fragen aus dem Ausschuss gestellt.

Es wird die Frage gestellt ob bei der Wahle-Mecklar-Trasse grundsätzlich eine Verlegung von Erdkabeln möglich ist. Herr Wantia (TenneT) erläutert, dass die Erdkabelpiloten bereits vorab gekennzeichnet wurden. Genehmigungsrechtlich gäbe es für die Trassen auf Gebiet des Landkreises Peine keine Auslösekriterien für eine Erdkabelverlegung, technisch sei es aber möglich.

KTA Lampe erkundigt sich nach der konkreten Größe einer Schaltanlage. Herr Wantia gibt die Größe mit 300 x 500 m (15 ha) an. Die Ausschussvorsitzende Weyberg bittet um Erläuterung, welche Einflussmöglichkeiten die jeweilige betroffene Kommune bei der Platzierung der Schaltanlage hat. Hier wird ausgeführt, dass TenneT einen Vorschlag macht auf dessen Grundlage eine Diskussion geführt werden kann. Es sind jedoch bestimmte Kriterien wie z. b. Zuwegung, die Leitungsein- und ausführung, Umweltstudien zu beachten.

Frau KTA Maurer-Lambertz bittet um Mitteilung der bisherigen Erfahrungen mit Energieverlusten auf bestehenden Strecken. Herr Wantia erklärt, dass es eine Faustregel gäbe, eine 380 kV-Leitung kann man bis zu einer Distanz von 380 km wirtschaftlich betreiben, eine 220 kV-Leitung entsprechend bis zu einer Distanz von 220 km.

Herr KTA Marotz begründet den vorliegenden Antrag der SPD ausführlich. Im Wesentlichen geht um folgende Kernfragen: Wie kann sichergestellt werden, dass bei einer Änderung der rechtlichen Ausgangslage doch noch eine Verlegung von Erdkabeln möglich wird und kann die Kreuzungsschaltanlage noch verschoben werden (zum Beispiel in Richtung Hallendorf), da am aktuell geplanten Standort sehr wertvolle Böden verloren gehen würden.

Herr Bethge erläutert, dass die Trassenplanung noch im Prozess ist, deshalb kann auch heute nur ein aktueller Sachstand vorgestellt werden. Es ist jedoch geplant, im Spätsommer bereits die Vorzugs- bzw. Vorschlagsvariante vorzustellen, mit welcher in ein informelles Verfahren/eine Vorabstimmung gegangen wird. Im Anschluss daran wird ein Antrag auf Planfeststellung gestellt werden (ca. 2022).

Herr Menzel, Vertreter vom Regionalverband Großraum Braunschweig (RGB), erläutert die Prüfung von Vorhaben auf ihre Raumbedeutsamkeit. Zunächst wird geprüft ob ein Vorhaben raumdeutend ist und im zweiten Schritt, wie bedeutsam es ist. Daraufhin wird entschieden ob ein Raumordnungsverfahren erforderlich ist. Vorliegend wurde eine Antragskonferenz schriftlich durchgeführt, mit dem Ergebnis, dass von den verschiedenen Varianten lediglich zwei Varianten realisierbar sind. Die beiden nun zu betrachtenden Varianten führen dazu, dass eine Interessenabwägung zwischen den entstehenden Belastungen der Landwirtschaft und des Landschaftsbildes und der energetischen Versorgung zweier großer Arbeitgeber (VW und Salzgitter AG) erfolgen muss. Im Ergebnis wird ein Raumordnungsverfahren nicht für erforderlich gehalten. Insbesondere, da man sich durch das Verfahren allein keine neuen Erkenntnisse verspricht. Die raumordnerischen Belange wurden in der Stellungnahme aufgelistet und somit Maßgaben geschaffen, die im weiteren Verfahren zu berücksichtigen sind.

Die Ausschussvorsitzende Weyberg hakt nach, was passieren würde, wenn sich die politische Ausgangslage ändere. Herr Menzel erklärt, dass die Stellungnahme unter den aktuellen Bedingungen abgegeben wurde. Eine wesentliche Änderung würde dazu führen, dass eine erneute Beteiligung und somit eine erneute Stellungnahme unter den geänderten Bedingungen abzugeben wäre. Er verweist jedoch auf die Raumordnungskarte (Anlage 2), aus der ersichtlich wird, dass kaum Spielraum für andere Trassen gegeben ist.

Frau Kentner weist auf eine bedeutende Problematik hin.

Als Folge der differenzierten Zuständigkeiten für die Trassen (DB Netz AG und NLStBV) können sich erhebliche Probleme ergeben. So zieht die Festlegung auf eine Trasse in einem Verfahren zwingende Konsequenzen für die anschließenden Trassenverläufe mit sich. So könne es sein, dass als Ergebnis der Trasse für diese Leitung in einem anderen Verfahren nur noch eine Trasse möglich bleibt. Diese könnte erhebliche Auswirkungen (z.B. mitten durch ein Waldlandschaftsschutzgebiet verlaufend) haben, welche jedoch im ersten Verfahren gar nicht berücksichtigt werden (dürfen).

Es wird aus dem Ausschuss die Kritik geäußert, dass die Untervarianten nicht Bestandteil des Verfahrens sind und durch die differenzierte Zuständigkeit zweier Behörden priorisierte Entscheidungen getroffen werden, deren Auswirkungen aber nicht ausreichend berücksichtigt werden.

Weiterhin wird die Plandarstellung massiv kritisiert. Erster Kreisrat Heiß macht deutlich, dass mehr Transparenz erforderlich ist. Die Planunterlagen und Karten müssen überarbeitet werden, sodass klar ersichtlich ist, welche Leitungen im Bestand vorhanden und welche in Planung sind.

Herr Wantia bietet ein Planungsvorbereitendes Forum an. Dieser Vorschlag wird vom Ausschuss begrüßt. Herr Wantia wird mit Fertigstellung der herauszuarbeitenden Vorzugsvarianten auf den Landkreis zugehen. Der Landkreis wird einen Arbeitskreis koordinieren. Eine „Aufsitzung“ wird für den Spätsommer/Herbst 2021 in Aussicht gestellt.

Die anwesenden Einwohnerin Frau Claudia Wilke verweist auf das Bundesbedarfsgesetz und die Pflicht der Unternehmen hin, grünen Strom zu verwenden. Sie fragt nach den tatsächlichen Chancen Änderungen herbeizuführen und dazu, wie sich die zeitlichen Auswirkungen auf das Verfahren gestalten. Herr Wantia erläutert, dass dann der vorgestellte Zeitplan nicht zu halten wäre, aus seinen Erfahrungen kann mit einem Zeitverlust von bis 2 bis 3 Jahren gerechnet werden.

Der anwesende Einwohner Herr Matuszewski-Komoll regt an zu prüfen, ob man nicht bereits vorhandene Trassen, wie z. B. die Autobahnen als Trassenkorridore nutzen kann, um weitere Eingriffe zu minimieren.

Der Ausschuss diskutiert über den vorliegenden Antrag der SPD und die Absicht, eine Veränderung der Rahmenbedingungen, insbesondere eine Zulassung der Erdverkabelung in der Region, zu erwirken.

Nach ausgiebiger Diskussion wird über den gemeinsam geänderten Antrag der SPD abgestimmt.

Beschluss:

Der Ausschuss empfiehlt, dass bei entsprechenden gesetzlichen Voraussetzungen im Verlauf des Verfahrens über die bisherigen Entscheidungskriterien hinaus eine Erdverkabelung geprüft wird. Der Landkreis Peine strebt an, eine solche rechtliche Veränderung zu erreichen.

Ja-Stimmen: 9 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung/en: 1

6 . Informationen der Verwaltung

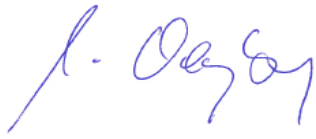
Es gibt keine Informationen der Verwaltung.

7 . Anfragen und Anregungen

Es gibt keine Anfragen und Anregungen.

Die Ausschussvorsitzende Weyberg schließt die Sitzung um 20:15 Uhr.

Peine, den



Silke Weyberg
Ausschussvorsitz

Henning Heiß
Erster Kreisrat

Selina Hofmeister
Protokollführung